

Politische Revue

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Befreiung auf amerikanisch

Zur grossen Freude der Demokratinnen und Demokraten in aller Welt hat das Volk Rumäniens an Weihnachten seinen kommunistisch-despotischen «Conductor» von der Macht weggefegt. Diese Chance der reinigenden und würdigen Selbstbefreiung war zur gleichen Zeit dem Volk Panamas nicht vergönnt. Hier kam die fällige Befreiung auf amerikanisch. Die Art und Weise, wie die USA einmal mehr in ihren Hinterhof ordnen, lässt die Freude über die Entmachtung Noriegas nicht recht aufkommen. Panama weiterhin als Marionette Nordamerikas, faktisch als US-Kolonie, darf nicht die Zukunftsperspektive dieses mausarmen Landes sein. Die ersten Tage der US-Besetzung waren jedenfalls alles andere als ordentlich: Während die Besatzertruppen weder Tote begraben, noch massive Plünderungen zu unterbinden wussten, haben sie dafür völkerrechtswidrig die Residenz des Botschafters Nicaraguas durchwühlt. Wenn wundert's, wenn das einst vorhandene Vertrauen in die erste Schutzmacht des Westens stets mehr leidet. (rz)

Theoretiker und Wendehälse

Dem Freisinn laufen bekanntlich seit der Kopp-Affäre die Wähler davon. Die Gründe dafür liegen aber weit tiefer. Deshalb versucht sich

die Staats- und Wirtschaftspartei mit einer Renaissance des Liberalismus. Was jedoch an einer FDP-Tagung dabei herausgeschaut hat, ist denkbar mager. Gemessen an der freisinnigen Tagespolitik präsentieren sich die schönen Liberalismusziele als Tat einiger verzweifelter Theoretiker. Den liberalen Freisinn gibt es seit langem nicht mehr. Die Staatssicherheitsphilosophie der weitgehend freisinnig geprägten Bundespolizei spricht da Bände. Der vielzitierte Ökoliberalismus, den ein paar freisinnige Experten plötzlich fördern wollen, ist bisher weitgehend von sozialdemokratischer Seite forciert worden und immer gegen freisinnigen Widerstand. Die Reformfreude hält sich hier, wie fast überall, in engen Grenzen. Die politisch abhängigen Verwaltungsrätinnen und -räte, die Lobbies, das Selbstverständnis als Wirtschaftspartei macht diese Partei für die brennenden Fragen der Gegenwart völlig unflexibel. Ein paar theoretische Überlegungen und hie und da ein Wendehals können dieses Bild nicht grundlegend verändern. Daran ändern auch hoffnungsfrohe Leitartikel in der «NZZ» nichts. (rz)

Despoten-Banken schaden dem Ruf der Schweiz

Wo immer in der Welt ein nicht demokratisch legitimierter Machthaber aus dem Amt geworfen wird,

folgt regelmässig eine für die Schweiz beschämende Begleitmusik: Die Fahndung nach unrechtmässig in die private Tasche abgezweigtem Geld führt zu Schweizer Bankkonten. Waren es früher stets rechtslastige Alleinherrscher wie Marcos, Bokassa oder der Schah von Persien, weiss man neuerdings auch von abgesetzten Potentaten des Ostens, die unrechtmässig Geld in die Banksafes der Schweiz transferiert haben. Der Finanzplatz Schweiz ist ein Magnet für schmutziges Geld aller Art! Er schadet dem Ruf der Schweiz in der ganzen Welt. Und dennoch ist er für die bürgerliche Politik eine heilige Kuh. Wie lange wohl müssen wir dieses Trauerspiel noch mit ansehen? (rz)

Provozierte Stromimporte

Die Elektrizitätswirtschaft wird nicht müde, die Stromimporte des laufenden Winters zu publizieren. Der skeptischen Schweizer Bevölkerung soll so der Bau von weiteren Atom- und Hochgebirgskraftwerken schmackhaft gemacht werden. Die Schweizerische Greina-Stiftung jedenfalls sieht in den elektrowirtschaftlichen Notrufen politische Methode. Während in den vergangenen Jahren die Speicherseen im September stets zu 95 Prozent voll gewesen waren, hatten sie 1989 nur 83 Prozent Füllung. Die Greina-



Stiftung hat nun aber festgestellt, dass diese für den Winter ungenügende Wasserkapazität vor allem auf die im Sommer gemachten Stromexporte zurückzuführen sind. Das heisst, die Elektrizitätswerke müssen nur etwas weniger ans schnelle Geschäft denken, dann reicht der Strom auch im Winter. Die laufende Statistik jedenfalls reicht für den Bedarfsnachweis für neue Werke noch lange nicht. (rz)

Gute GPK-Arbeit

Endlich hat die langjährige Kritik an der fragwürdigen Waffenausfuhrpraxis der Schweiz gefruchtet. Unzählige Vorstösse von SP-Seite und Proteste verschiedenster Organisationen waren nötig. Jetzt hat auch die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats nach gründlicher Untersuchung festgestellt, dass die

Ausfuhrpraxis des Bundesrates überprüft werden muss. Zu viele Exporte in Spannungsgebiete und in Länder, die die Menschenrechte verletzen, sind in den letzten Jahren erlaubt worden. Eigentlich müssten die Schweizer Behörden jetzt nicht noch lange hin und her prüfen. Sie sollten sich vielmehr ein Beispiel nehmen an der neuen Führung der Tschechoslowakei: Ab sofort dürfen aus diesem bis vor kurzen sehr bedeutenden Waffenexportland des Ostens keine Waffen mehr ausgeführt werden. Vorbildlich im Grundsatz und im Tempo! (rz)

Miliärpolitischer Konjunkturerinbruch

Nach den 35,6 Prozent Ja-Stimmen für die GSoA-Initiative hat die Schweizer Rüstungspolitik keine Hochkonjunktur mehr. Die Bürger-

lichen gehen in unterschiedlichem Ausmass auf Distanz bei der Militärflugzeugbeschaffung. Die SP Schweiz hat ihre Flugzeugopposition bereits vor Jahresfrist deutlich geäussert. Wir sind uns auch im klaren, dass die Skepsis der bürgerlichen Parteien möglicherweise nicht über den Wahltermin von 1991 hinaus anhält. Stets neue Untersuchungen zum Abstimmungsverhalten vom 26. November weisen jedoch darauf hin, dass Armeekritik weit über die Ja-Stimmen hinaus verbreitet ist. Die Vox-Analyse dürfte hier noch genaueren Aufschluss geben. Sicher ist, dass Ausgabenkürzungen beim Militär auch noch nach 1991 im Volk mehrheitsfähig bleiben. Kurzfristige Polittaktik ist deshalb ein schlechter Ratgeber für längerdauernde Erfolge. Der militärpolitische Konjunkturerinbruch wird nicht zuletzt auch dank der europäischen Entspannung längerfristig anhalten. (rz)